Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

VIII.

⊙ Stuttgart, 8. Okt.

Den Vorsitz führt wieder Singer. Es ist noch fast ein ganzes Kilo von Anträgen zu erledigen, doch werden die meisten unter den Tisch verschwinden. Die italienischen Genossen, die „unter den wilden Verfolgungen der Regierung" sehr zu leiden haben, haben dem Parteitag ein Begrüßungsschreiben geschickt. Singer antwortet dankend, daß der Parteitag ja noch Gelegenheit nehmen werde, den italienischen Genossen seine Theilnahme auszudrücken. (Sympathie-Erklärung Bebel und Liebknecht.) Unter den noch zum Gegenstand Presse angenommenen Anträgen sei hervorgehoben:

„Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, über welche von ihren Arbeitern oder deren Organisationen Streiks oder Sperrungen verhängt sind, Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen."

Polnische Genossen beantragen:

„Die Berechtigung der polnisch-sozialdemokratischen Organisation anzuerkennen."

Dieser Antrag wird von Morawsky-Berlin zurückgezogen mit der Begründung, daß sich die polnischen Genossen überzeugt hätten, daß die Deutschen ihren Organisationen Sympathie entgegenbringen und sie anerkennen.

Dann begründet Bebel kurz eine Erklärung zu dem Abrüstungsvorschlag des russischen Kaisers. Er könnte verschiedene Gesichtspunkte — sagte er — aufführen, die vielleicht auf Widerspruch der Partei stoßen. Aber der vorgeschrittenen Zeit wegen will er das in Zeitschriften thun. Etwas Gelegeneres konnte der Partei nicht kommen, als dieser Erlaß, der noch weidlich auszunutzt werden würde im Parlament. Er unterstützt nicht nur unseren Kampf gegen den Militarismus, sondern er hat auch in Millionen Köpfen den Glauben von der Unentbehrlichkeit des Militarismus erschüttert. Schon seit Jahren hat uns keine Regierung eine so treffliche Waffe in die Hand gegeben. (Beifall.) Er bittet um einstimmige Annahme der Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag erklärt:

Der Parteitag begrüßt den Abrüstungsvorschlag des Kaisers von Rußland an sämmtliche Regierungen als eine Bekräftigung dafür, daß die entschiedene Opposition, die bis jetzt die Sozialdemokratie aller Länder den an Wahnsinn grenzenden militärischen Rüstungen entgegensetzt, ihre volle Berechtigung hat.

Die Sozialdemokratie ist mit dem Kaiser von Rußland darin einverstanden, daß die finanziellen Lasten, die diese unsinnigen Rüstungen den Völkern auferlegen, die „Volkswohlfahrt an der Wurzel treffen und die geistigen und physischen Kräfte der Völker in unproduktiver Weise aufzehren."

Der Parteitag konstatirt aber ausdrücklich, daß diese völkerverderbenden Rüstungen ausschließlich das Produkt des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht der leitenden Klassen sind; daß die stehenden Heere eingestandenermaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen, und daß bisher es Rußland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege vorangiug, wie denn auch das russische Volk noch gegenwärtig das einzige Kulturvolk Europas ist, das selbst die ersten Anfänge zur Selbstregierung entbehrt.

Der Parteitag ist deshalb der Meinung, daß, soll der Vorschlag des Zaren ernst genommen werden, es nothwendig ist, daß die russische Regierung im eigenen Lande mit gutem Beispiel vorangeht, weitere Rüstungen einstellt, die grausame Verfolgung politisch Andersdenkender aufhebt und dem russischen Volke diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, ohne die kein Volk seine Kulturmission erfüllen kann.

Im übrigen betrachtet der Parteitag das Vorgehen des russischen Kaisers als ein Zeichen, daß selbst in den autokratischen Kreisen Europas die Verderblichkeit der militärischen Rüstungen anerkannt wird — mögen auch politische Hintergedanken gewichtigster Natur zum Ausspruch dieser Erkenntniß beigetragen haben — und daß es hiernach erst recht Aufgabe der Sozialdemokratie und speziell ihrer Vertreter in den Parlamenten sein muß, diese Ansicht durch ihre Thätigkeit in immer weitere Kreise zu verbreiten und energischen Widerstand jedem Versuch zu leisten, die militärischen Rüstungen zu verstärken.

Nach Ansicht des Parteitages wahren die Völker ihre „heiligsten Güter" am sichersten, wenn sie den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Völkerfreiheit, Völkerfreiheit und Völkerwohlfahrt durch kräftige Förderung des sozialen Fortschritts im Sinne der Aufhebung der Klassengegensätze und der Hebung des Wissens und der Bildung auf allen Gebieten sich anschließen, die stehenden Heere beseitigen und für Schlichtung etwaiger internationaler Streitigkeiten denselben Weg betreten, den in jedem Kulturstaat die Bürger in Streitfällen betreten müssen, den Weg gerichtlicher Entscheidung. Denn so lange noch christlich sich nennende Regierungen und herrschende Klassen nur menschenmordende Kriege mit ihrem Gefolge von Jammer, Elend und allgemeinem Verderben als Weg zur Schlichtung von internationalen Streitigkeiten betrachten, ist unsere sich christlich nennende Civilisation der blutigste Hohn und die stärkste Blasphemie auf die religiösen Lehren, die in Schulen, Kirchen und Kasernen gepredigt werden, ein Zeichen der Tartuffierie, die eine der moralischen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft geworden ist."

Diese Erklärung wird einstimmig angenommen.

Hierauf begründet Liebknecht die beiden zu einer einzigen Erklärung zusammengezogenen Resolutionen (betr. Sozialistenverfolgungen in Italien und Ungarn und betr. Anarchismus und Mord an der Kaiserin von Oesterreich). Liebknecht sagt, daß lediglich die Regierung in Italien bei sich den Anarchismus großgezogen habe. Als unerhört ꝛc. bezeichnete er es, daß in Mailand auf wehrlose Gefangene geschossen und sie niedergemetzelt worden sind. Das Verhalten dieser Regierung sei um so schmachvoller, als sie selbst Provokateurs als Anarchisten angestellt hätte. Die Verquickung von Sozialismus und Anarchismus geschehe jetzt auf der ganzen Linie. Das sei geradezu fluchwürdig. Denen, die das thun, wollen wir durch Annahme unserer Resolution das Brandmal der Schande aufdrücken. (Die phrasenreiche Begründung ist im wesentlichen schon in der Resolution enthalten.) Die Resolution wird selbstverständlich mit der üblichen Einstimmigkeit angenommen.

Meist-Köln beantragt angesichts der erhöhten Arbeit und der theureren Lebensmittel eine Gehaltserhöhung für den Parteisekretär und den Kassirer. Eine Besprechung hierüber findet nicht statt, die Abstimmung geschieht namentlich. Die nicht betheiligten Mitglieder der Parteileitung stimmen natürlich für Erhöhung. Die Erhöhung wird mit 160 gegen 61 Stimmen bewilligt.

Es wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Hannover abzuhalten.

Zur Wahl der Parteileitung sind 202 Stimmen abgegeben. Gewählt sind als Vorstand Bebel und Singer, Sekretäre: Auer und Pfannkuch, Kassirer: Gerisch, Controleure: Brühne-Frankfurt a. M., Kaden-Dresden, Koenen-Hamburg, Meister-Berlin, Metzner-Berlin, Oertel-Nürnberg und Frau Zetkin-Stuttgart.

Namens der ausländischen Theilnehmer dankt Greulich-Zürich für die freundliche Aufnahme in Stuttgart und beglückwünscht die deutsche Partei zu dem vortrefflichen Verlaufe des Parteitages! (Anh. Beifall.)

Singer dankt in seiner Schlußansprache den verschiedenen Stellen. Der diesjährige Parteitag nimmt einen wichtigen Platz ein unter den deutschen Parteitagen. Er hat aufklärend gewirkt und hat die Hoffnungen auf einen Zerfall unserer Partei glänzend zunichte gemacht. (!) Wir kommen nicht in zwei Lager gespalten aus Stuttgart zurück. Der Einzelne weiß, daß er sich der Gesammtheit unterzuordnen hat. Der diesjährige Parteitag bedeutet auch nicht den Anfang der Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie. Wir sind alle einig. Die Partei ist, was sie war, sie bleibt, was sie ist. Mögen unsere Beschlüsse in die Köpfe der deutschen Arbeiterschaft eindringen, damit unsere Verhandlungen fruchtbar sind. „Genossen! Wir gehen jetzt einer Zeit entgegen, in der die Sozialdemokratie mehr als sonst einig dem Ansturm des Kapitalismus entgegentreten muß. Wir haben Zeiten erlebt, wo man die Sozialdemokratie mit der Peitsche des Sozialistengesetzes klein zu machen glaubte. Dann kamen die Zeiten, wo man uns mit dem Zuckerbrot der Sozialreform ködern wollte. Jetzt gehen wir einer Zeit entgegen, in der man das Koalitionsrecht bedroht, durch Stockprügel auf den Magen die Arbeiter zu zwingen versucht, sich den von der kapitalistischen Gesellschaft als ausreichend bezeichneten Arbeitsbedingungen sich zu unterwerfen. Vergebliche Kämpfe! Wenn etwas unsere Agitation stärken könnte, so sind es jene Versuche auf Jagden, Festmählern, Paraden, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir sind viel zu sehr durchdrungen von der Nothwendigkeit der Durchführung des sozialdemokratischen Programms, von der ökonomischen Nothwendigkeit, daß die kapitalistische Gesellschaft zugrunde gehen muß, daß wir alles, was wir auf dem Wege zu unserem Ziele erreichen, nur als Abschlagszahlung, als Wegzehrung betrachten zu dem Ziele: Befreiung des Proletariats von dem doppelten Joche der Unterdrückung und politischen Rechtlosigkeit. Und nun ziehen wir zu neuen Kämpfen!" Hier richtet sich Genosse Singer hoch auf (von dessen „Schneidergewichts-Gründen" bekanntlich der Genosse Heine nicht reden will), und laut ruft er in den Saal: „Die Banner hoch! Vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen! Hoch die deutsche Sozialdemokratie!" (Der Parteitag bricht in Hochs aus und singt die Marseillaise.) Darauf ist der Parteitag geschlossen.

Ausland.

Zur Bekämpfung des Anarchismus.

Unter den beiden internationalen Konferenzen, die für die nächsten Monate in Sicht sind, die Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus und jene zur Einschränkung der militärischen Rüstungen, steht die erstgenannte wohl noch vor Ablauf dieses Jahres zu erwarten, während der Zusammentritt der zweiten kaum vor März nächsten Jahres stattfinden dürfte. Die Konferenz gegen den Anarchismus wird ihr eigenes Programm aufzustellen haben, da das letzte Rundschreiben des italienischen Ministers des Auswärtigen, Canevaro, einen ganz allgemeinen Charakter trägt und jede Art der Beschlußfassung der Konferenz vorbehält. Wenn Canevaro darin sagt, es habe sich nach der in seinem ersten Rundschreiben gegebenen Anregung herausgestellt, daß seine Anschauungen im Grundsatze überall getheilt würden, so ist das im Grundsatze wohl richtig, aber es zeigen sich jetzt schon in der Bereitwilligkeit der einzelnen Staaten merkliche Abstufungen. Insbesondere dürfte es England sein, dessen Entgegenkommen nur als ein bedingtes und beschränktes zu bezeichnen ist, und es liegen auch Anzeichen vor, wonach bei dieser Frage sehr stark in Betracht kommende Staaten, wie Belgien und die Schweiz, keine sonderliche Neigung zeigen, sich durch internationale Bestimmungen binden zu lassen. Die wirklichen Schwierigkeiten werden sich erst zeigen, wenn man auf der Konferenz an die Berathung der Einzelheiten herantreten wird. Was die Konferenz ergeben wird, muß sich zeigen, sobald ihr positive Vorschläge gemacht werden. Erfreulich wäre es, wenn man als Gewinn der Konferenz betrachten könnte, daß über die polizeiliche Behandlung der anarchistischen Propaganda sich gemeinsame Grundsätze und bessere Fühlung von Staat zu Staat ergeben. Es ist unausbleiblich, daß im Verlauf der Verhandlungen auch das Asylrecht, was insbesondere die Schweiz, Belgien und England für politische Vergehen gewähren, in den Verhandlungen berührt wird, natürlich nicht in der Richtung, daß man den Schutz verringern wird, den diese Staaten ihren freiheitlichen Institutionen gemäß für Vergehen gewähren, die aus der Bethätigung politischer Ueberzeugung an sich hervorgegangen sind. Wohl aber, wie auch in diesen Staaten weite Kreise es für angezeigt erachten, daß hinter dem Begriff „politisches" Vergehen nicht anarchistische Thaten Deckung suchen dürfen, bei denen die politische Absicht doch nur der Vorwand für gemeine Verbrechen ist. So werden ja auch Mordanfälle gegen das Staatsoberhaupt oder die Mitglieder von Regentenhäusern bereits in fast allen Staaten als gemeine Verbrechen behandelt und nicht als politische. — Dem pariser „Mémorial diplomatique" zufolge würde das Uebereinkommen zwischen den Mächten betreffend die Maßregeln gegen die Anarchisten in einem System der Verständigung zwischen den Polizeiverwaltungen der verschiedenen Länder bestehen.

Der große Streik in Paris.

Die Fortdauer des Streiks, den man schon glücklich beendet glaubte, und der statt dessen an Ausdehnung gewinnt, erregt andauernd ernste Besorgnisse. Die Zahl der Streikenden wird momentan auf ca. 35,000 geschätzt, sie dürfte, wenn es nicht gelingt, eine Einigung zu erzielen, heutigen Montag die Ziffer von 60,000 erreichen. Der Polizeipräfekt und der Seinepräfekt haben in ihrer Unterredung mit Brisson die bedenkliche Wendung des Ausstandes klargelegt. Die Lohnfragen treten mehr zurück; die Richtung wird wesentlich revolutionär. Die Gewerkschaften solidarisiren sich mit einander, keine will nachgeben, ohne daß alle befriedigt werden. Das Losungswort ist: „Allgemeiner Ausstand." Charakteristisch ist, daß fast in allen Gewerbszweigen die Mehrzahl der Arbeiter gegen den Streik ist, doch von der Centralleitung der Gewerkschaft tyrannisirt und fortgerissen wird. Auf allen Arbeitsplätzen nehmen die Arbeiter dankbar den Schutz des Militärs an und fraternisiren mit den Truppen. Mehrere Garnisonen aus der Umgegend von Paris entsendet Abtheilungen nach dort, um der Polizei ihre Aufgabe zu erleichtern. In der Nähe der sehr zahlreichen Werkstätten war die Anzahl der dort zusammengezogenen Truppen nicht genügend. Es handelt sich also um einfache Sicherheitsmaßregeln.

Der Munizipalrath faßte am Sonnabend mit 46 gegen 1 Stimme den Beschluß, den Präfekten des Seine-Departements zu ersuchen, er möge die Bauunternehmer auffordern, die städtischen Arbeiten binnen 24 Stunden wieder aufzunehmen und im Weigerungsfalle diese Arbeiten auf Rechnung und Gefahr der Unternehmer in eigener Regie ausführen lassen. Infolge Verzichtleistung der Unternehmer auf ihre Verträge betreffend die Erdarbeiten glaubt man in Regierungskreisen, daß der Ausstand bald sein Ende erreichen wird. Die Bauunternehmer ließen einen Aufruf an die Maurer veröffentlichen, in welchem es heißt, sie hätten an die öffentliche Gewalt die Aufforderung gerichtet, die Freiheit der Arbeit zu schützen. Da es scheine, daß diese Aufforderung Gehör gefunden habe, so forderten sie die Arbeiter auf, am heutigen Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am Sonnabend nachmittag wurden verschiedene Versammlungen von Malern und Maurern abgehalten, in welchen beschlossen wurde, beim Ausstand zu verharren. Die ausständigen Maler richteten ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Brisson, in welchem gegen die Rohheiten der Polizei protestirt und der Minister ersucht wird, die nothwendigen Maßregeln zu treffen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen, da andernfalls die Verantwortlichkeit für die Ereignisse ihm zur Last fallen würde. Bei den Bauten auf dem Marsfelde und in den Champs Elysées wie auch auf anderen Werkstätten wurde am Sonnabend vormittag die Arbeit vereinzelt wieder aufgenommen. Am Sonntag herrschte auf den meisten Bauplätzen Ruhe. Nur an zwei Stellen wurden Ausschreitungen versucht, jedoch ohne Schwierigkeit unterdrückt. Vor der Arbeiterbörse fanden vormittags mehrfache Ansammlungen statt; es kam aber zu keinerlei Zwischenfall. Eine kleine Anzahl Erdarbeiter beschloß, am Ausstand festzuhalten. Der Präsident des Munizipalrathes setzte eine Abordnung der Erdarbeiter von der Entscheidung des Munizipalraths in Kenntniß und forderte sie auf, die Arbeit wiederaufzunehmen. Es scheint sicher, daß die Bahnbediensteten nicht in den Ausstand treten werden. Dem „Gaulois" zufolge befinden sich viele fremde Arbeiter unter den Führern des Ausstandes. Die Regierung sei entschlossen, alle Fremden, deren Umtriebe die Ordnung stören würden, auszuweisen. Nach dem „Matin" beläuft sich die Zahl der Ausständigen gegenwärtig auf 45,000. Der „Gaulois" giebt die Zahl der Arbeiter, welche gestern auf den großen Bauplätzen die Arbeit wieder aufgenommen haben, mit 887.

Sonntag nachmittag fanden in der pariser Arbeiterbörse zahlreiche Verhaftungen statt. Das Centralkomitee der Ausständigen sandte eine Abordnung, bestehend aus je einem Mitgliede für jede Korporation, ab, um sich bei dem Munizipalrath nach dessen Beschluß bezüglich der städtischen Arbeiten zu erkundigen. Die Schlosser, die Maurer und die Abbruchsarbeiter beschlossen, im Ausstande zu verharren, die Parkettleger haben sich aus Solidaritätsgefühl ebenfalls dem Ausstande angeschlossen.

Im Ministerium des Innern und auf der Polizeipräfektur hat man in den letzten Tagen geheime Untersuchungen eingeleitet, welche bezwecken, festzustellen, woher die Ausständigen das Geld, das sie an die feiernden Arbeiter vertheilen, haben. Die Polizei kennt die Finger der ganzen Verschwörung und will eventuell alle Theilnehmer an derselben verhaften. Brisson geht jedoch mit größter Vorsicht vor und will nur im äußersten Nothfalle handeln.

Die Lage in China.

Gegenüber anderweitigen Darstellungen veröffentlicht die „Nowoje Wremja" nachstehende autoritative Mittheilung über die letzten Vorgänge in Peking: Es entstanden dort während des letzten Mondfestes Unruhen, wobei die Chinesen gleichzeitig mehrere Ueberfälle auf Ausländer ausführten, denen gegenüber sich die chinesischen Behörden vollständig indifferent verhielten. Dieser Umstand veranlaßte die europäischen Vertreter in China, darunter den russischen Geschäftsträger in Peking, von den Kommandanten ihrer Geschwader im Stillen Ozean die Herbeiseidung von Landungstruppen zu verlangen. Dieser Aufforderung wurde sofort entsprochen, wobei Admiral Dubassow das Kanonenboot „Gremjastschi" mit 30 bewaffneten Matrosen an Bord nach Taku sandte. Da später aus Peking beruhigende Nachrichten eintrafen, aus welchen zu ersehen war, daß die chinesische Regierung Maßnahmen zur Herstellung der Ordnung getroffen, so ist Grund vorhanden, anzunehmen, daß die eingetroffenen europäischen Landungstruppen baldigst wieder zurückberufen werden.

30 Kosaken und 36 russische Seesoldaten mit zwei Feldgeschützen, ferner 25 britische Seesoldaten und 30 Mann deutscher Marine-Infanterie sind in Peking eingetroffen und in die Stadt eingerückt, wobei sich große Menschenmassen angesammelt hatten, ohne daß ein Zwischenfall vorkam. Die Chinesen scheinen eingeschüchtert zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Durch die in Oesterreich wiederholt gemachte Erfahrung, daß sich fremde Staatsangehörige an Versammlungen, die im Lande abgehalten wurden, betheiligten, in denselben als Redner auftraten und ihren antiösterreichischen Anschauungen Ausdruck gaben, hat sich das Ministerium des Innern bestimmt gefunden, die Unterbehörden anzuweisen, künftighin gegen solche Ausländer im Sinne des Gesetzes vorzugehen. Letzteres hat auch bezüglich der Ausländer, welche sich an Versammlungen politischen Charakters im Inlande zu betheiligen beabsichtigen, dann zu geschehen, wenn von diesen Fremden nach ihrer bisher bekannten Haltung und Thätigkeit mit Grund zu besorgen ist, daß durch ihre Theilnahme an den Versammlungen die nationale Erregtheit und hierdurch das öffentliche Wohl gefährdet würde. Nach den gesetzlichen Bestimmungen können solche Personen des Landes verwiesen werden.

Die Beschwerde deutscher Hausbesitzer in Prag gegen das Verbot der dortigen Stadtgemeinde, an ihren eigenen Häusern deutsche Straßenbezeichnungen anzubringen, ist heute vom Verwaltungsgerichtshofe als „unbegründet" abgewiesen worden.

In Jaslo ist nach mehrtägiger Dauer der Strafprozeß gegen achtzig Bauern wegen antisemitischer Exzesse in Lenki-Wyska und Pietrusza-Wola zum Abschlusse gelangt. Der Anklageschrift und den Zeugenaussagen war zu entnehmen, daß die masurischen Bauern nach dem Lesen von Stojalowski's Volksblättchen zu dem Glauben gelangt seien, sie würden nach einer Massenvernichtung der Juden eine Besserung ihrer materiellen Lage zu erwarten haben. Von 80 Angeklagten wurden blos vierzehn freigesprochen, dagegen sechsundsechzig des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit, der boshaften Beschädigung fremden Eigenthums und des Diebstahls schuldig erkannt und zu Freiheitsstrafen in der Dauer von 11 Monaten schweren Kerkers bis zu 3 Wochen Arrest verurtheilt.

Frankreich.

Der frühere Ministerpräsident Méline führte am Sonnabend Abend in Epinal den Vorsitz bei einem Feste der Vereinigungen der französischen Eisenbahnangestellten und Arbeiter der Section Epinal. Bei dem Bankett hielt Méline eine Rede, in der er das Prinzip der Gegenseitigkeit pries, welche allein imstande sein werde, das soziale Problem zu lösen, welches weder durch Klassenkämpfe noch durch allgemeine Ausstände, welche nur Trümmerhaufen zurückließen, gelöst werden könne. Méline besprach darauf die gegenwärtige Lage in Frankreich und legte dar, daß die Gesellschaft durch die Heftigkeit des Wortstreites gespalten sei. Ein sektiererischer Geist sei zum politischen Dogma erhoben worden. Méline fügte hinzu, daß Frankreich unmöglich so gespalten bleiben könne, daß die politischen Eigenschaften es aufgeben. Unmöglich könne man Tag für Tag das Autoritäts-Prinzip zu Grunde richten und die Einrichtungen erschüttern, auf welchen die Sicherheit der Nation beruhe. Man schwäche das Heer, ohne an das „Loch in den Vogesen" zu denken, durch welches eine Invasion erfolgen könne, und ohne an unverbesserliche Gelüste des Auslandes zu denken. In Wirklichkeit hätten die Feinde Frankreichs gar nicht nöthig, Krieg anzufangen; sie begnügten sich damit, der Erschöpfung Frankreichs zuzusehen und sie zu fördern. Am Schluß seiner Rede rühmte Méline seine Politik, welche eine Politik der Beruhigung gewesen sei und stellte ihre Ergebnisse denen der Politik des Kampfes gegenüber.

Es verlautet, der Justizminister Sarrien werde im Einvernehmen mit dem Kriegsminister Chanoine bei dem Disciplinarrath der Ehrenlegion die Streichung Esterhazy's aus der Ordensliste beantragen.

In Le Mans sagte am Sonnabend auf einem Bankett zu Ehren des Ackerbauministers Viger, an dem 300 Personen theilnahmen, Cavaignac, er suche das Gefühl auszudrücken, welches sie alle vereinige; er erinnerte an den Beifall, welchen die Truppen bei den letzten Manövern gefunden, und traut

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18981010048/fragment/page=0001

schließlich auf die Ehre der Armee und des Generals Mercier, als des höchsten Vertreters der Armee in Le Mans. Der Trinkspruch wurde mit Beifall aufgenommen. — Minister Viger dankte und gedachte ebenfalls in lobenden Ausführungen der Armee sowie der französischen Landwirthschaft.

Méline führt fort in seiner „Républ. Française“ Brisson heftig anzugreifen zu lassen; der Ministerpräsident wisse nicht, was er wolle, er lavire planlos; inzwischen wachse die Aufregung, die Straßen würden unsicher, überall sei Unordnung, die Geschäfte stocken, das Elend werde den Nothleidenden bald unheimliche Rathschläge einflüstern; Brisson sehe dieser allgemeinen Zerfetzung unbeweat zu, er habe nur den einen Gedanken, die Kammerferien möglichst zu verlängern. Seine Politik lasse sich in den einen Satz zusammenfassen: nach mir die Sintflut!

Judet will erfahren haben, die Regierung beabsichtige, Dreyfus schon jetzt im geheimen auf einem unauffälligen Handelsdampfer einschiffen und zunächst nach der für nichtamtliche Personen unzugänglichen Insel Aix, gegenüber der Charentemündung, in der Nähe von Rochefort, bringen zu lassen, um ihn dann unbemerkt nach dem Mont Valerien zu schaffen, wenn die Wiederaufnahme beschlossen wird. Judet nennt dies einen ungeheuerlichen Staatsstreich und hofft, seine Enthüllung werde das entsetzliche Verbrechen verhindern. — Jedenfalls besteht der angebliche Plan der Regierung nur in der Phantasie des Herrn Judet.

Clemenceau theilt in der „Aurore“ mit, es sei Hanotaux gewesen, welcher die famosen Briefe Kaiser Wilhelm's an den Grafen Münster, in denen von Dreyfus die Rede ist, von Geheimagenten gekauft habe. Er habe nicht die Originale, sondern nur Photographien erhalten; der Kaufpreis sei 27,000 Francs gewesen.

„Soleil“ und „Figaro“ melden, daß der Minister des Innern eine vertrauliche Note an die Gendarmerie-Kommandanten von Frankreich gerichtet habe, worin der Artikel des Gesetzes in Erinnerung gebracht wird, wonach der Herzog von Orleans aus dem französischen Gebiet verbannt ist. Es wird auf die strenge Ausführung dieser Bestimmung besonders hingewiesen. Zum Schluß der Note fordert der Minister die Gendarmerie auf, die Wichtigkeit der Note und den vertraulichen Charakter derselben zu berücksichtigen.

Der Senator Trarieux richtete an den Ministerpräsidenten Brisson ein Schreiben, in dem er ihn auffordert, dem engeren Gewahrsam, in dem sich Picquart befinde und den er, Trarieux, für gesetzwidrig halte, ein Ende zu machen. Sollte diese Haft nicht aufgehoben werden, dann werde Trarieux beim Zusammentritt der Kammern die Angelegenheit im Senat zur Sprache bringen.

Italien.

In der Rede des Papstes, die er am Sonnabend beim Empfange der französischen Pilger in der Basilika des Vatikans gehalten und die jetzt im Wortlaute vorliegt, findet sich ein auffallender Passus über Palästina. Der Papst sagte, die Pilgerfahrt bezwecke, ihm Dank auszusprechen für seine öffentliche Bekräftigung des französischen Protektorats in Palästina. Dann erinnerte er an den Eucharistischen Kongreß in Jerusalem, der unter dem Vorsitz eines französischen Kardinals (Langenieux) stattfand, und erwähnte die Franzosen, häufiger nach Palästina zu pilgern. — Der Papst ist übrigens bei ausgezeichneter Gesundheit; dies bewies die laute Stimme, mit der er nach Beendigung der Rede den Segen ertheilte. Danach verweilte der Papst, der sich im Tragsessel tragen ließ, längere Zeit unter den Reihen der Pilger. Die Audienz hatte von 10—12 Uhr gedauert. Der Papst, den die Pilger mit wiederholten lebhaften Zurufen begrüßten, war von zehn Kardinälen, darunter Kardinalstaatssekretär Rampolla, begleitet.

Unter den sicilianischen Bergarbeitern herrscht ungeheuere Aufregung, da die Grubenbesitzer sämmtliche Schwefelgruben schließen wollen, um nicht die Gebühren für die Arbeiterversicherung bezahlen zu müssen. Bemerkenswerth ist, daß die sicilianischen Abgeordneten s. Z. einstimmig für das Arbeiter-Versicherungsgesetz eintraten.

Spanien.

Ministerpräsident Sagasta erklärt es für unrichtig, daß die amerikanische Regierung einen Ausfuhr für die Räumung Kubas und Portoricos wegen der schwierigen Durchführung derselben gegeben hätte.

Das Gerücht, daß England bei der spanischen Regierung in der Angelegenheit der Befestigungen in der Nähe von Gibraltar dringende Vorstellungen erhoben habe, wird aus Madrid für unrichtig erklärt.

Großbritannien und Irland.

Im Arsenal von Woolwich wird mit großer Hast gearbeitet, um neue Mengen von Munition herzustellen. Am Freitag wurden bereits 75 Tonnen Kriegsmaterial eingeschifft, heute werden weitere 60 Tonnen folgen.

Türkei.

Während das Kreta-Ultimatum dem Sultan vorliegt, senden die vier „Pacifications“-Mächte immer neue Truppenverstärkungen nach der Insel. Wie jetzt aus Petersburg berichtet wird, hat die russische Regierung den drei anderen Kabinetten den Vorschlag unterbreitet, daß die Admirale beauftragt werden, selbstständig und gemeinsam die eventuellen Zwangsmaßregeln gegen die Türkei festzustellen. Nach erfolgter Zustimmung seitens der genannten Kabinette sei diesbezüglich am 4. d. M. eine identische Instruktion an die Admirale erlassen worden. Da für den Fall, daß die türkischen Truppen die Räumung Kretas nicht binnen vier Wochen bewerkstelligen sollten, nach einem hier umlaufenden Gerücht von den vier Mächten eine eventuelle Besetzung einzelner Städte Kretas in Aussicht genommen ist, reisen auf Wunsch der Admirale die Familien der Konsuln ab. Auch andere fremde Unterthanen verlassen aus diesem Grunde die Insel. Ein russisches Kriegsschiff erbat sich, das Konsularcorps an Bord zu nehmen. Bei der Uebergabe der auf Kreta bezüglichen Note wurde von englischer Seite mündlich erklärt, daß, falls die Antwort der Pforte ausweichend lauten sollte, oder die Rückberufung der türkischen Truppen nicht angenommen würde, dies als eine Ablehnung betrachtet werden müßte. Bei der Pforte fanden in dieser Angelegenheit wiederholt Berathungen der Minister statt, ohne daß es bisher zu einer Entscheidung gekommen ist. Das armenische Patriarchat erhielt vom Yildiz-Palais strengen Befehl, dafür zu sorgen, daß die Armenier sich während der Anwesenheit des deutschen Kaisers ruhig verhalten.

Sehr à propos kommt den Vertheidigern der englischen Rechtsansprüche auf Faschoda die besonders findigen Kennern der einschlägigen Verhältnisse geglückte Ausgrabung einer eigenhändigen Sudan-Karte des Generals Gordon, welche der bekanntlich in Khartum ermordete kühne Pionier der englischen Machtbestrebungen s. Z. zum persönlichen Gebrauch angefertigt hatte, und welche Nachweisungen über Einnahmen, Ausgaben und das Aufgebot an wehrfähigen Mannschaften jeder einzelnen Sudanprovinz beibringt. Darin wird Faschoda ausdrücklich als integrirender Bestandtheil des Sudans bezeichnet, mit der Provinz Khartum in eins zusammengezogen und mit einer — damals — aktuellen Einnahme von 30,000 Pfund, die einer Steigerung auf 50,000 Pfund Sterling fähig sei, registrirt. Des weiteren erstreckt die Karte Gordon's das ägyptische Gebiet noch über verschiedene Provinzen südlich Faschodas, bis in die Nachbarschaft des Viktoria Nyanza, aber unter Ausschluß Ugandas. Das Bahr-el-Ghazal-Gebiet wird als im Aufstande befindlich erwähnt. Die Karte trägt kein Datum, muß aber in den Jahren 1877/78 entstanden sein.

Nordamerika.

Dem „Journ. des Déb.“ zufolge verlangen die Vereinigten Staaten als Kriegsentschädigung Manila sowie die ganze Insel Luzon. Nach diesen unerwarteten amerikanischen Forderungen hätten die spanischen Mitglieder der Friedenskommission erklärt, sie müßten neue Instruktionen ihrer Regierung abwarten. Wie der „N.-Y. Her.“ meldet, hätten die amerikanischen Delegirten von Mc Kinley die Ermächtigung erhalten, die Arbeiten der Friedenskonferenz zu unterbrechen, falls die spanische Regierung nicht baldigst die Bedingungen der Vereinigten Staaten annehme.

Präsident Mac Kinley hat sich bereits darüber ausgesprochen, in welcher Form der Gebietszuwachs dem Verbande der Vereinigten Staaten angegliedert werden würde. Im Laufe einer Unterredung mit dem washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ bezeichnete er nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.“ die gegenwärtigen Zustände in den Unionsstaaten als überaus gedeihlich. Er sagte, die neuen Besitzungen würden eine Zeit lang unter militärischer Kontrolle bleiben, aber schließlich als Territorien unter dem Ministerium des Innern verwaltet werden. Die Politik gegenüber den Einwohnern würde versöhnlich sein. Zolltarif wie Verwaltung würden im allgemeinen so wenig als möglich verändert werden. Heer und Flotte würden, den neuen Ideen entsprechend, vergrößert werden. Ein Ausgleich mit Kanada werde zuversichtlich erwartet. Der Tarif werde keine weitere Aenderung erfahren. Für die Bedürfnisse der Regierung würden nöthigenfalls neue Steuern eingeführt werden. Eine andere als die Goldwährung sei aussichtslos.

Gerichtsverhandlungen.

Halle 8. Okt. Für die heutige Schwurgerichtssitzung, die letzte in dieser Periode, war eine Anklage wegen Meineides zur Verhandlung anberaumt, die insofern bemerkenswerth war, als ein Wiederaufnahmeverfahren vorlag, das durch die Anklagebehörde herbeigeführt war. Angeklagt wegen erwähnten Verbrechens ist die unverehelichte Aufwärterin Auguste Hennig hier. Sie wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in der sie sich seit Mitte Juli befindet. Sie ist aus Zerbst gebürtig, 44 Jahre alt und bestraft wegen Sittenpolizei-Uebertretungen, Unfug und ruhestörenden Lärms, aber auch wegen Diebstahls und Kuppelei mit 3 Monaten, 14 Tagen und 8 Tagen Gefängniß. Der vorliegende Fall bildete ein Nachspiel zu einer vor 5 Jahren verhandelten Strafsache gegen den Kupferschmied Albert Oehme hier, der wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt worden war und diese Strafe auch verbüßt hat. Nach Oehme's Behauptung ist er damals unschuldig bestraft worden, weshalb er natürlich ein Interesse daran hat, daß der Fall aufgeklärt werde und er, Oehme, das Wiederaufnahme-Verfahren herbeiführen könne.

Zur Last gelegt wurde der jetzigen Angeklagten, am 5. Juni 1893 vor der Strafkammer hiesigen Königl. Landgerichts in erwähnter Strafsache gegen Oehme den vor ihrer Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugniß verletzt zu haben, indem sie ausgesagt: der damalige Polizeisergeant Priebe II habe am 19. Februar 1893 abends in der Wohnung der Frau Emilie Rappsilber hier, Schlamm Nr. 13, kein Bier getrunken, trotzdem sie (Hennig) gewußt habe, daß dies doch der Fall gewesen sei. Die jetzige Sache ist bereits am 14. Dez. 1895 vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt worden, damals gegen drei Angeklagte: den früheren Polizeisergeanten Albert August Gustav Priebe, die verehelichte Maler Emilie Rappsilber geb. Walther und die unverehelichte Auguste Hennig, die sämmtlich wegen Meineids angeklagt waren, aber in erwähnter Schwurgerichtssitzung freigesprochen wurden. Priebe ist z. Z. Kastellan am hiesigen Königl. Oberbergamte. Zum Wiederaufnahmeverfahren, zunächst nur gegen Auguste Hennig, ist die Sache gekommen, weil die Angeklagte sich selbst des Meineids bezichtigt und hierüber mehrfache Geständnisse abgelegt hat. Heute legt die Angeklagte sich wieder aufs Leugnen. Nach Vernehmung der Frau Marie Rappsilber beantragte der Staatsanwalt Vertagung der Sache, weil noch Ermittelungen betreffs Anstiftung zum Meineide nöthig seien und auch die vom Vertheidiger Rechtsanwalt Benneweiß beantragte Besichtigung der Oertlichkeit. Diese Besichtigung könne aber nur am Abend stattfinden, um festzustellen, ob bei Laternenschein vom Hofe des Hauses Nr. 13 aus Vorgänge in der Stube wahrzunehmen seien, wie Zeuge Oehme angegeben. Der Vertheidiger war mit der Vertagung einverstanden, und der Gerichtshof beschloß demgemäß, lehnte aber den Antrag des Vertheidigers auf Entlassung der Angeklagten aus der Haft ab, weil die Hennig des Meineides dringend verdächtig und im Fall ihrer Entlassung Kollisionsgefahr zu befürchten sei. Der Fall wurde bis zur nächsten Schwurgerichtsperiode vertagt. Vom Ausgange der Sache hängt es ab, ob Oehme für sich das Wiederaufnahmeverfahren erlangen kann.

Hiermit schloß die fünfte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Sie umfaßte 12 Sitzungstage, an denen 12 Sachen gegen 12 Angeklagte (9 männliche, 3 weibliche) zur Verhandlung kamen und zwar: ein Fall Mord (als Todtschlag angenommen), ein Angeklagter; 4 Fälle Meineid, 4 Angeklagte; 1 Fall Anstiftung zum Meineid, 1 Angeklagter; 3 Fälle Sittlichkeitsverbrechen, davon 1 Fall verbunden mit Diebstahl und versuchter Nöthigung, 3 Angeklagte; ein Fall Brandstiftung, 1 Angeklagter; 1 Fall Straßenraub verbunden mit Betrug und Sachbeschädigung, ein Angeklagter; ein Fall Urkundenfälschung und Betrug, ein Angeklagter. An Strafen wurden verhängt insgesammt: 23 Jahre 6 Monate Zuchthaus; 2 Jahre 6 Monate Gefängniß; 23 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; 100 M. Geldstrafe. Das höchsterkannte Strafmaß waren 12 Jahre Zuchthaus, das niedrigste 100 M. Geldstrafe. Freigesprochen wurden 4 Angeklagte. Eine Sache mußte vertagt werden.

Halle, 8. Okt. In der heutigen Strafkammersitzung wurde u. a. gegen Anton Weißmann, Redacteur am hiesigen „Volksblatt,“ eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Fraglliches Vergehen sollte verübt worden sein durch Veröffentlichung eines Berichtes im „Volksblatt“ über eine Gerichtsverhandlung aus Berlin, wonach der Schuhmacher Nikolaus Dombrowsky deswegen bestraft worden sei, weil er sich stets nur „Wilhelm II.“ und „Kaiser“ angegeben habe. Außerdem könne die beleidigende Absicht noch aus den vielen, im „Volksblatt“ unter „Kaiserbeleidigung“ gebrachten Veröffentlichungen erkannt werden. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Herzfeld erklärte: genau dieselbe Notiz, die hier den Gegenstand einer Anklage bilde, sei schon zuvor einmal veröffentlicht, als der Fall Dombrowski in Berlin verhandelt worden war. Damals habe sich das „Volksblatt“ keine Verfolgung zugezogen. Er beantragte Beweiserhebung darüber, daß im „Volksblatt“ wiederholt vor Majestätsbeleidigungen gewarnt worden sei, wie es auch im vorliegenden Falle geschehen sei. Das Urtheil lautete auf Freisprechung mit folgender Begründung: es sei zweifellos, daß die Schilderung über die Behandlung erwähnten Bildes eine Beleidigung enthalte, auch wenn die bekr. Worte dabei nicht erwähnt worden. Ob nun die Notiz in der Absicht zu beleidigen veröffentlicht sei, erscheine fraglich. Möglich sei es, daß mit der Notiz Erregung von Unfrieden oder auch eine Warnung beabsichtigt worden sei. Bestimmte Anhaltspunkte für ein strafbares Verschulden seien jedoch nicht vorhanden, und deshalb habe eine Verurtheilung des Angeklagten nicht erfolgen können.

Hirschberg i. Schl., 8. Okt. [Todesurtheil.] Nach zweitägiger Verhandlung verurtheilte das Schwurgericht den Stellenbesitzer Weiß wegen Brudermordes zum Tode.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle, 8. Oktober.

Aufgeboten: Der Handarb. Friedr. Hahn und Minna Lange (Fleischerstr. 29 und Oeste). Der Kaufm. Paul Dittmar und Luise Klingenberg (Halle und Bremen). Der Musiker Raimund Feiser und Sophie Kalbitz (Kiel).

Eheschließungen: Der Referendar Moritz v. Zakrzewski und Katharine Schliecmann (Wilhelmstr. 17 und Gr. Steinstr. 8). Der Kaufmann Adolf Weber und Luise Lehmann (Unhaltestr. 1 und Herderstr. 11). Der Lokomotivführer Emil Apel und Martha Jagsch (Naumburg a. S. und Augustastr. 16). Der Hilfstelegraphist Ferdinand Römer und Helene Mitter (Ludwigstr. 45 und Geiststr. 21). Der Privatmann Karl Ferkel und Amanda Duckwitz (Merseburgerstr. 99 und Schmeerstr. 5). Der Lokomotivheizer Albin Scharfe und Helene Brandes (Friesenstr. 16 und Schillerstr. 29). Der Metalldreher Richard Henze und Antonie Weber (Schlosserstr. 13 und Gr. Märkerstr. 25). Der Schlosser Gustav Pöllner und Marie Weiland (Krausenstr. 20 und Bergstraße 5). Der Glaser Karl Nößler und Luise Grabaum (Brunoswarte 1 und Mansf. Oberstr. 63). Der Buffetier Friedrich Hartmann und Marie Wölfer (Alter Markt 33). Der Tischler Otto Dewitz und Emma Friedrich (Mühlberg 4 und Brunnengasse 13). Der Maschinenmeister Otto Karsch und Klara Köhler (Thomasiusstraße 12 und Glauchaerstr. 10).

Geboren: Dem Gärtner Karl Ellrich eine T., Frieda Helene Elsbeth (Georgstr. 12). Dem Handarb. Friedrich Carius eine T., Frieda Hilda (Wörmlitzerstr. 97). Dem Fabrikarb. Johannes Lepsien ein S., Johannes Arthur (Bahnhofstr. 17). Dem Fabrikarbeiter Karl Hildebrand ein S., Max Willy (Ludwigstr. 44). Dem Maurerpolier Karl Schmidt eine T., Charlotte Margarethe (Langestr. 4). Dem Kaufm. Alb. Schatz eine T., Gertrud Hildegard (Lindenstr. 10). Dem Handarb. Karl Keil eine T., Gertrud Elsa (Schlosserstr. 3). Dem Fabrikarb. Gustav Hügel eine T., Minna Luise (Spiegelstr. 8). Dem Fabrikarb. Friedr. Niemann eine T., Marie Olga (Leiboenaerstr. 10). Dem Maurer Friedrich Brode eine T., Minna Ida (Steinbocksgasse 5). Dem Maler Nikolaus Heußner eine T., Hertha Hedwig (Spitze 5). Dem Handarb. Friedrich Brandenberg ein S., Walther Hermann (Lobenaerstr. 173). Dem Malermstr. Gustav Arndt eine T., Minna Martha Elsa (Schillerstr. 35).

Gestorben: Des Getreidemakler Theodor Ehrhardt S. Theodor, 7 J. (Bahnhofstr. 11). Des Schuhmacher Karl Silberberg S. todtgeb. (Stephanstr. 2). Des Kaufmann Friedrich Junker S. Gerhard, 4 Mon. (Friesenstr. 10). Des Fabrikarbeiter Hermann Gebhardt S. Wilhelm, 2 Wochen (Thorstr. 20). Der Konditor Max Leibing, 41 J. (Fleischerstr. 34). Der Bergarbeiter Franz Hellborn, 34 J. (Bergmannstrost). Des Schneidermstr. Otto Belger T. Frieda, 1 Mon. (Gr. Märkerstr. 18). Des Handarbeiter Friedrich Töppe Ehefrau, Wilhelmine geb. Lippold, 68 J. (Siechenanstalt). Der Invalide August Siebert, 65 J. (Diakonissenhaus).

Standesamt Giebichenstein.

Meldungen vom 5 bis 7. Oktober 1898.

Aufgeboten: Der Schneider H. C. Beyer und F. A. Pfeiffer (Artern). Der Monteur F. K. Lane und M. B. Kampmann (Halle).

Eheschließungen: Der Postschaffner A. P. Schumann und B. M. K. Fontarra (Reisser. 25).

Geboren: Dem Fischermstr. M. R. Wentzke ein S., August Richard (Föhrstraße 8). Dem Schlosser F. W. Mahe eine T., Martha (Leopoldstr. 33). Dem Bautechniker A. L. F. Förster ein S., Friedrich Paul (Gr. Brunnenstr. 19). Dem Handarbeiter H. A. B. Nebeling eine T., Frl. dritte Auguste Margarethe (Gr. Brunnenstr. 14). Dem Arbeiter G. W. R. Kirchner ein S., Karl Albert Rudolf (Gr. Brunnenstr. 9). Dem Handarbeiter J. F. Albrecht eine T., Marie Frieda (Reisstr. 27a). Dem Bahnarbeiter C. F. Schnize ein S., Otto Walter Kurt (Auguststr. 59). Dem Handarbeiter F. A. Schaaf ein S., Friedrich Albert (Kl. Breitenstr. 1). Dem Kunst- und Handelsgärtner M. R. R. Spindler ein S., Richard Max (Giesmannstr. 12). Ein unehel. S. (Mittelstraße 3).

Gestorben: Die Schneiderin Auguste Elise Puff, 16 J. (Spiegelstr. 2). Der Magazinverwalter Wilhelm Linke, 65 J. (Klausbergstr. 5b). Des Fabrikarbeiter J. S. Luhnitsch T., todtgeb. (Gr. Brunnenstr. 14). Der Weichensteller Ferdinand Esche, 38 J. (Hofestr. 9).

Viehmärkte.

Berlin, 8. Okt. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf standen: 4372 Rinder, 903 Kälber, 10049 Hammel, 7565 Schweine. Bezahlt wurden 100 Pfd. oder 50 kg. Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt, 61—66; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 56—59; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere 53—55; 4) gering genährte jeden Alters 48—52; — Bullen: 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerths 57—62; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere 52—56; 3) gering genährte 46—52; — Färsen und Kühe: 1) a. vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — —; b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 53 54; 2) ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere 51—52; 3) mässig genährte Färsen und Kühe 50—51; 4) gering genährte Färsen und Kühe 46—48; — Kälber: 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 69—73; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 63—67; 3) geringe Saugkälber 56—60 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) 40 46; — Schafe: 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 58—62; 2) ältere Masthammel 52—57, 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 45—50; 4) Holsteiner Niederungsschafe 23—28, auch pro 100 Pfd. Lebendgewicht — —Schweine: 1) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen, im Alter bis zu 1¼ Jahren 59; 2) Käser 60 61; 3) fleischige 57—58; 4) gering entwickelte 54—56; 5) Sauen 54—56 M.

Verlauf und Tendenz: Das Rindergeschäft wickelte sich langsam ab; es bleibt Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen war der Handel langsam; es bleibt Ueberstand. Der Schweinemarkt verlief ziemlich glatt und wurde geräumt.

Schönster
Zimmer-Schmuck
Naturholz-Blumenständer
für 6 resp. 8 resp. 10 Töpfe
Stück 10, 12, 13, 15.50 bis 20 Mk.
Sehr zu empfehlen als
Hochzeitsgeschenk.
C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipzigerstr. 90.

10 Flammrisz je für 4—6 Personen
lassen sich aus 1 Packet Mondamin à 60 Pfg. herstellen. Erscheint der Preis auch etwas hoch, so ist wiederum Mondamin dermaßen ergiebig, daß sehr wenig davon zu einem Flammri gehört. Der durch Mondamin erlangte zarte und köstliche Geschmack ist unvergleichlich, weil frei von jedem Beigeschmack. Dies wolle die Hausfrau besonders beachten. Im Uebrigen bürgt für die gute Qualität Brown u. Polson's 40jähriger Weltruf. Mondamin ist in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Engros bei Delius-bald & Co., Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18981010048/fragment/page=0002